
Beschluss der 95. Vollversammlung am 07.05.2022
JugendAkademie Segeberg, Marienstraße 31, 23795 Bad Segeberg

Kinder und Jugendliche mit dem Krieg in der Ukraine nicht allein lassen

Der Landesjugendring Schleswig-Holstein verurteilt scharf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und bekundet seine Solidarität mit der Ukraine. Er fordert die Landes- und Bundesregierung dazu auf, sich für das sofortige Ende aller Kampfhandlungen und die Souveränität der Ukraine einzusetzen und ihr die notwendige humanitäre, politische und wirtschaftliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Kinder und Jugendliche sind in Kriegen besonders gefährdet. Geflüchtete junge Menschen, die nach Deutschland kommen, benötigen schnell und unbürokratisch Hilfe und Schutz unter Achtung der UN-Kinderrechtskonvention. Dazu gehören eine kinder- und jugendgerechte Unterbringung: Gemeinschaftsunterkünfte sind aufgrund der Enge und der fehlenden Rückzugsmöglichkeiten sowie eines erhöhten Risikos für Übergriffe keine geeigneten Aufenthaltsorte für Kinder und Jugendliche. Geflüchtete Kinder und Jugendliche benötigen gesundheitliche und psychologische Hilfe und ein passendes schulisches und außerschulisches Bildungs- und Erholungsangebot. Sie brauchen konkrete Perspektiven und uneingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Jugendverbände und Jugendringe heißen geflüchtete Kinder und Jugendliche jeglicher Herkunft in ihren Angeboten willkommen.

Viele Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein erleben den Krieg durch Berichterstattung oder direkte Betroffenheit als Belastung und haben Ängste und Sorgen. Sie dürfen nicht allein gelassen werden und benötigen gerade nach den bisherigen Einschränkungen der Corona-Pandemie besondere Aufmerksamkeit. Kita, Schule und Jugendhilfe müssen flächendeckend Gesprächsangebote zur altersgerechten Einordnung der Geschehnisse machen. Dazu gehört auch die Unterstützung, um Propaganda erkennen und verlässliche Quellen für Informationen über den Krieg auswählen zu können. Unterstützungs- und Fortbildungsangebote für ehren- und hauptamtliche pädagogische Fachkräfte müssen gefördert werden.

Die Jugendverbände und Jugendringe betrachten die aktuelle Diskussion um Aufrüstung und Wiedereinführung der Wehrpflicht mit Sorge. Der Einsatz für den Frieden und die Verwirklichung der Menschenrechte und für internationale Begegnungen, Verständigung und Zusammenarbeit mit der Jugend aller Länder gehört zu den satzungsgemäßen Zwecken des Landesjugendrings. Nur durch Verständigung lassen sich Kriege verhindern. Umso wichtiger sind Angebote der internationalen Jugendarbeit, der Friedensbildung und der politischen Bildung, die dem Abbau von Stereotypen und Rassismus dienen und Nationalismen vorbeugen. Niemand darf dazu gezwungen werden, mit Waffen zu kämpfen.

Jugendverbände und Jugendringe setzen sich in vielfältiger Weise für Frieden und Verständigung ein. Der Landesjugendring spricht seine Verbundenheit mit dem National Youth Council Ukraine (NYCU) aus und ruft seine Mitglieder ebenso wie Politik dazu auf, zivilgesellschaftlichen

Organisationen in der Ukraine zu unterstützen. Auch zu den Menschen in Russland und Belarus, die sich trotz Gefahr für ihr Leben für Menschenrechte und Demokratie einsetzen, darf der Kontakt nicht abreißen. Der Landesjugendring bedauert, keine Jugendbegegnungen und Fachkräfteaustausche mit seinen zivilgesellschaftlichen Partnern in Kaliningrad mehr durchführen zu können, und unterstützt die vielfältigen Aktivitäten seiner Mitglieder, die Spenden sammeln, Geflüchtete in ihren Häusern unterbringen, Familien unterstützen und Angebote in Gemeinschaftsunterkünften machen.

Die Jugendverbände und Jugendringe machen sich gegen Nationalismus und Rassismus stark und richten sich gegen jede Form von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Menschen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, sexueller Identität, Religionszugehörigkeit oder Herkunft. Diskriminierungen gegenüber (vermeintlich) russischsprachigen oder russischstämmigen Menschen in Deutschland verurteilt der Landesjugendring ebenso wie rassistische Vorfälle an der ukrainisch-polnischen Grenze. Schutzsuchende, die nicht aus der Ukraine kommen, dürfen vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges nicht vergessen werden und sollen dieselbe Unterstützung bekommen.

Niemand weiß, wann die russischen Aggressionen gegenüber der Ukraine beendet werden. Fest steht: Der Krieg wird das Leben der jungen Menschen in und aus der Ukraine in den nächsten Jahr(zehnt)en prägen, unabhängig davon, ob sie in Schleswig-Holstein bleiben oder ihr Land wieder aufbauen. Zivilgesellschaft und Politik in Europa müssen für diese jungen Menschen Verantwortung übernehmen und dürfen sie mit den Folgen des Krieges nicht allein lassen.